

Präsidentin der EVP Schweiz zu Gast in Bern

Lilian Studer, Aargauer EVP-Nationalrätin und Präsidentin der EVP Schweiz, war zu Gast an der Hauptversammlung 2023 der EVP Stadt Bern.

Bei den statutarischen Traktanden berichteten bereits die Stadtberner EVP-Politikerinnen Barbara Streit-Stettler (alt Grossrätin) sowie Bettina Jans-Troxler und Therese Streit (Stadträtinnen) über ihre politische Arbeit und ihre Schwerpunkte im letzten Jahr. «Es macht einen Unterschied auf die gesamte Gesellschaft, ob die EVP da ist oder nicht», legte dabei Barbara Streit-Stettler dar.



V. l.: EVP-Präsidentin Lilian Studer und der Stadtberner Vorstand mit Bettina Jans-Troxler, Therese Streit, Christof Erne, Christine Schaer und Barbara Streit-Stettler (auf dem Bild fehlt: Annah Lüscher).

Lilian Studer gab spannende Einblicke in ihre Arbeit als Nationalrätin und Parteipräsidentin. Aktuell wichtig seien die nationalen Wahlen vom 22. Oktober und der weitere Aufbau der Partei. Sehr dankbar zeigte sich Lilian Studer für das gute Team im EVP-

Generalsekretariat und für die Wahl des ersten EVP-Regierungsrats überhaupt im Baselbiet. Im Nationalrat erlebt Studer, dass das EVP-Trio in der Fraktion mit der Mitte eigenständige Positionen vertreten kann, dass diese gehört werden und gelegent-

lich auch Einfluss auf die Fraktionsmeinung haben. Als Erfolg sieht die Nationalrätin, dass sie in Verbindung mit anderen Ratsmitgliedern kürzlich erreichen konnte, dass die Gebärdensprache als 5. Landessprache anerkannt werden soll.

Christof Erne

Impressum

Herausgeber: EVP Kanton Bern, Postfach, 3000 Bern 7
 Redaktion: «Berner EVP», Christof Erne, Bern
 Kontakt «EVP-Info»: Christof Erne, bevp@evp-be.ch
 EVP Stadt Bern, c/o Bettina Jans, Lorrainestr. 4,
 3013 Bern, IBAN CH64 0900 0000 3000 2067 3
 info@evp-bern.ch, evp-bern.ch; fb.com/evpstadtbern

Danke für Ihre Spende

Untenstehend finden Sie einen Einzahlungsschein der EVP Stadt Bern. Wir bedanken uns für jeden Beitrag zugunsten unserer Parteiarbeit. Die EVP Stadt Bern finanziert sich primär aus Spenden, weil die Mitgliederbeiträge v. a. an die Kantonalpartei gehen.
EVP Stadt Bern

EVP-Info

Informationen
 der Evangelischen
 Volkspartei Stadt Bern
 www.evp-bern.ch

Juni 2023

Für eine starke Vater-Kind-Beziehung

Warum eine Elternzeit? Ist das nicht viel zu teuer? Braucht es das wirklich? Dies fragen sich Berner EVPlerinnen und EVPler angesichts der kantonalen Initiative zur Elternzeit, über die wir am 18. Juni abstimmen. Dabei denken wir meist an unsere eigene (Herkunfts-) Familie, die ohne Elternzeit auskam.

Ich persönlich habe mich mit meinem Mann bei unseren zwei nun erwachsenen Kindern in Familien- und Berufsarbeit geteilt. Dies ergab sich, weil sich mein Mann in einer unsicheren beruflichen Situation befand, als unsere Kinder geboren wurden. Kürzlich fragte unser mittlerweile 30-jähriger Sohn seinen Vater, ob er es wieder so machen würde. Er erhielt als Antwort ein überzeug-

tes Ja mit der Begründung: «Eine wirkliche Beziehung zu meinen Kindern war mir wichtig.»

Die Geburt eines Kindes ist immer ein Einschnitt – im Moment vor allem im Leben der Mutter. In den Wochen danach werden die Weichen gestellt, wie das Paar sein Familienleben gestaltet, in der neuen Konstellation werden in dieser Zeit erste engere bzw. lockerere Beziehungen geknüpft. Es entscheidet sich, wie intensiv sich der Vater im Leben des Kindes einbringt resp. einbringen will, inwiefern die Mutter das Familienterritorium mit dem Vater zu teilen bereit ist.

Aus meiner eigenen familiären Erfahrung heraus bin ich überzeugt, dass eine Elternzeit die

Familie stärkt und nachhaltig zusammenwachsen lässt. Meine These wird auch durch Studien gestützt. So zeigt eine aus Deutschland, dass Väter, nachdem sie mindestens zwei Monate zu Hause verbracht haben, ihre Arbeitszeit (und auch Freizeit) um durchschnittlich vier Stunden wöchentlich reduzieren, um ihre Kinder häufiger sehen zu können. Rückblickend auf ihre Elternzeit berichten nahezu alle Väter (95 %), die mindestens drei Monate Elterngeld bezogen haben, dass sie damit eine intensivere Beziehung zu ihrem Kind entwickelt haben.

Die Elternzeit bietet die Chance, dass das Kind gleichwertige Beziehungen zu Mutter und Vater entwickelt und geborgen zwischen



Barbara Streit-Stettler

beiden Eltern aufwachsen kann. Nicht zuletzt wird durch die Elternzeit auch die Familienarbeit gegenüber der Berufsarbeit aufgewertet. In Sonntagsreden forderten EVP-Politiker immer wieder eine Aufwertung der Familienarbeit. Wie das geschehen soll, blieb bisher allerdings offen. Die Elternzeit ist ein konkreter Schritt zugunsten dieses Anliegen.

*Barbara Streit-Stettler,
 a. Grossrätin*

Empfangsschein

Konto / Zahlbar an
 CH64 0900 0000 3000 2067 3
 Evang. Volkspartei Stadt Bern
 Mülinenstrasse 9
 3006 Bern

Zahlbar durch (Name/Adresse)

Währung Betrag
 CHF

Annahmestelle

Zahlteil



Währung Betrag
 CHF

Konto / Zahlbar an
 CH64 0900 0000 3000 2067 3
 Evang. Volkspartei Stadt Bern
 Mülinenstrasse 9
 3006 Bern

Zahlbar durch (Name/Adresse)

Währung Betrag
 CHF

Städtische Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023

Die Stadtberner Stimmberechtigten haben am 18. Juni über zwölf Vorlagen zu entscheiden. Diese Doppelseite gibt eine Übersicht mit dem Schwerpunkt beim Personalreglement.

Erhöhung Parkkarten- und Parkiergebühren (Referenden)

Zurzeit kostet eine Anwohnerparkkarte im Quartier für ein Jahr 264 Fr., also knapp 75 Rp. pro Tag. Diese Gebühr ist aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäss, wenn bedacht wird, wieviel Platz die parkierten Autos im öffentlichen

Raum einnehmen. Deshalb soll sie jetzt auf 492 Fr./Jahr angehoben werden, wobei für Fahrzeuge mit alternativem Antrieb nur 384 Fr. verrechnet werden.

Wir begrüssen dies ebenso wie die Anhebung der Tarife für

gebührenpflichtige Parkplätze von Fr. 2.20 auf 3.30 pro Stunde. Berechnungen haben gezeigt, dass die Kosten für die Bereitstellung der Parkplätze von den jetzt geltenden Tarifen nicht gedeckt werden.

Bettina Jans-Troxler



Stadträtin
Bettina Jans-Troxler

Betriebsbeiträge an vier Kulturinstitutionen für die Jahre 2024 – 2027 (Verpflichtungskredite)

Die grossen kulturellen Institutionen im Kanton Bern werden gemeinsam von Kanton, Regionsgemeinden und Stadt finanziert. Die grössten Leistungsverträge über vier Jah-

re kommen nun vor Volk. Sie betreffen das Historische Museum (8,2 Mio. Fr.), Bühnen Bern (92,1 Mio. Fr.), die Kornhausbibliotheken (15,6 Mio. Fr.) und die rein städtisch finanzierte

Dampfzentrale (9,7 Mio. Fr.). Mit Ausnahme der Bibliotheken werden die Beiträge auf Initiative des Gemeinderats im Vergleich zur jetzt laufenden Periode leicht gesenkt, allerdings nicht

unter das Niveau der vorherigen Vertragsperiode. Als EVP-Stadträtinnen begrüssen wir dies und empfehlen die Zustimmung zu den Leistungsverträgen.

Bettina Jans-Troxler

Genereller Entwässerungsplan, Sanierung Kornhausbrücke und Aufwertung des Strassenraums im Zuge des Ausbaus des Fernwärmenetzes (Infrastrukturkredite)

Es liegen drei weitere Kredite zur Abstimmung vor, die die Sanierung der Kornhausbrücke,

Klimaanpassungsmassnahmen im Strassenraum parallel zum Fernwärmeausbau und

Massnahmen zur Entwässerung der Stadt und zum Schutz der Gewässer betreffen.

Wir empfehlen eine Zustimmung zu diesen Vorlagen.

Bettina Jans-Troxler

Viererfeld / Mittelfeld: Abgabe von zwei Landflächen im Baurecht

Auf dem Viererfeld und Mittelfeld soll ein neues Quartier gebaut werden mit rund 1140 Wohnungen sowie ein Stadtteilpark und Familiengärten. Die Stimmberechtigten stimmten dem zu.

Die Bauparzellen des neuen Quartiers sollen nicht verkauft, sondern im Baurecht abgegeben werden. Die Hälfte der Wohnfläche ist für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert.

Die erste Bauetappe mit 350 Wohnungen besteht aus sechs Baurechten. Davon fallen zwei in die Kompetenz der Stimmberechtigten. Es sind Flächen, welche die Hauptstadtgenos-

schaft Bern und die Mobilier Asset Management AG (Mobilier) bebauen wollen.

Wir EVP-Stadträtinnen empfehlen die Vorlagen zur Annahme.

Therese Streit

«Ein automatischer Teuerungsausgleich kommt nicht in Frage»

Die EVP ist dem Komitee gegen das revidierte Personalreglement beigetreten. Stadträtin Therese Streit begründet die Ablehnung des Reglements vonseiten der EVP.

Der Stadtrat hat das Reglement für die Stadtangestellten revidiert. Warum war das nötig?

Nach rund 30 Jahren wollte die Stadt Bern als soziale, attraktive und fortschrittliche Arbeitgeberin die Anstellungsbedingungen für das städtische Personal den aktuellen Gegebenheiten anpassen.

Die Bürgerlichen und die GLP ergriffen das Referendum dagegen. Die EVP unterstützt es ebenfalls. Warum?

Für uns EVP-Stadträtinnen hat die Festbeschreibung eines automatischen Teuerungsausgleichs das Fass zum

Überlaufen gebracht. Dies zwingt die Stadt, jährlich die Teuerung voll auszugleichen. Der Gemeinderat hatte ursprünglich vorgeschlagen, «grundsätzlich» einen Teuerungsausgleich zu gewähren und dabei die finanzielle Lage der Stadt zu berücksichtigen. Die Mehrheit des Stadtrats beschloss hingegen, dass ein Rückstand beim Teuerungsausgleich in späteren Jahren zwingend nachgeholt werden muss. Für uns war das noch das Tüpfelchen aufs i.

2023 gewährt die Stadt einen Teuerungsausgleich nach dem alten Reglement. Was kostet das?

Die Stadt gewährt einen Teuerungsausgleich von 2 %, was zu Zusatzkosten von 6,6 Millionen Franken führt.

Das Reglement würde eine Elternzeit und einen vorgeburtlichen Urlaub für Mütter einführen sowie den Vaterschaftsurlaub verlängern. Ist das nicht Grund genug, das Reglement anzunehmen?

Es ist gewiss vorbildlich, wie die Stadt Bern die Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen für beide Elternteile fördert. Dass auch Eltern von Adoptivkindern eine angemessene Elternzeit gewährt wird und Eltern von Mehrlingen durch zusätzliche Elternzeit entlastet werden, sind wichtige Verbesserungen. Unser Nein geschah deshalb schwerem Herzens und liegt am beschlossenen automatischen Teuerungsausgleich.

Die Gegner sagen, dass mit dem revidierten Reglement mit der Giesskanne Geld ausgegeben werde. Was ist damit gemeint?

Der Leistungsbau für das städtische



Stadträtin **Therese Streit**

Personal hat selbstverständlich seinen Preis. Die Mehrkosten für den Ausbau der bezahlten Urlaube bei Elternschaft von geschätzten 1,3 Millionen Franken jährlich würden wir EVP-Stadträtinnen zum Beispiel unterstützen. Doch den alljährlich verpflichtend zu leistenden Teuerungsausgleich lehnen wir ab.

Was passiert, wenn das Reglement abgelehnt wird?

Eine Überarbeitung des Reglements drängt sich trotzdem auf. Eine Lösung wäre, in einem zweiten Anlauf den umstrittenen automatischen Teuerungsausgleich wegzulassen und realitätsnahe Anpassungen vorzunehmen.

Interview:

Barbara Streit-Stettler

Teilrevision Personalreglement

Die Anstellungsbedingungen für das städtische Personal sollen nach rund 30 Jahren den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Die Bürgerlichen und die GLP ergriffen das Referendum gegen den Stadtratsbeschluss, was wir als EVP unterstützen. Der Gemeinderat hatte ursprünglich vorgeschlagen, «grundsätzlich» einen Teuerungsausgleich zu gewähren und dabei die finanzielle Lage der Stadt zu berücksichtigen. Die Stadt gewährt aktuell einen Teuerungsausgleich von 2 %, was zu Zusatzkosten von 6,6 Millionen Franken jährlich führt. Das neue Reglement enthält viele Verbesserungen, wie etwa die Förderung familienfreundlicher Arbeitsplätze und die Flexibilisierung des Rentenalters von aktuell 63 Jahren. Der Grund der Ablehnung liegt für uns EVP-Stadträtinnen im beschlossenen automatischen Teuerungsausgleich.

Therese Streit